ein solches Verbot, würde unmittelbar vor den Wahlen den Nazis neuen Zustrom bringen.

Und im Preußischen Landtag hat die SPD gemeinsam mit den Koalitionsparteien einen Dreh zur Erhaltung der Futterkrippen gemacht, indem sie durch Aenderung der Geschäftsordnung nach den Wahlen einen ähnlichen Zustand schaffen wollen unter dem die sächsische Schieckregierung nun schon seit Jahren regiert, während sich die hinter ihr stehenden Parteien, unter Einschluß der Nazis von der Verantwortung drücken.

So geht der Kuhhandel der sozialdemokratischen Führer im Wettlauf mit den Nazis um die Staatspfründe weiter. Die Massen der Arbeiter sollen auch in Zukunft mit verlogenen Phrasen für diesen Betrug erhalten werden, während die Peitsche der Notverordnungen auf sie einschlägt und die Finanz- und Industriekapitalisten ihnen Lohn und Unterstützung rauben.

Die Fronten sind klar

Mit allem Nachdruck hat die Kommunistische Partei schon vor der Präsidentenwahl alle parlamentarischen Illusionen in den Reihen der Arbeiterschaft bekämpft. Mit allem Nachdruck betont sie auch heute wieder, daß es am kommenden Sonntag beim roten Volksentscheid in Sachsen um die außerparlamentarische Massenmobilisierung der Arbeiterschaft gegen die faschistische Kapitalsdiktatur geht.

Die Kapitalisten bereiten neuen Lohnraub und Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse vor, die Regierenden bereiten neue Angriffe auf Unterstützung und Renten vor. Im Brüning-Deutschland, mit sozialdemokratischer Unterstützung blüht der Preiswucher, der Mietwucher und die Ausplünderung der Werk-

tätigen in Stadt und Dorf durch Steuern und untragbare Lasten. Dagegen führen wir die Massen in Kampf und mögen sich die sozialdemokratischen Zeitungsreptilien heiser schreien über angebliche Bundesgenossenschaft mit den Nazis, unsere Linie des revolutionären Kampfes in den Betrieben und Stempelstellen liegt unverrückbar fest. In dieser Linie mobilisieren wir das werktätige Sachsen für den roten Volksentscheid am kommenden Sonntag und darüber hinaus für die Kämpfe gegen Faschismus und Kapitalsdiktatur, für den Sozialismus unter der klaren Parole: Klasse gegen Klasse!

Weitere Ausdehnung des Lichtstreiks!

Für Herabsetzung der Strom- und Lichtpreise

In der am 8. April einberufenen Kleinstrombnehmerversammlung wurde von dem Bezirkserwerbslosenvertreter das unsoziale Verhalten der Werke aufgezeigt. Die Front des Nichtbrennens von Licht hat sich auf weitere Gebiete nach Pirna und Neustadt zu erweitert. Die Anwesenden stellten den Antrag, Strom zu verbrauchen aber nicht zu bezahlen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Es wurde im weiteren Verlauf der Versammlung ein Kampfausschuß von acht Mann gewählt. Der Kampfausschuß hat sich zur Aufgabe gestellt, die Streikfront im vollen Netzgebiet zu 100 Prozent zu erweitern. Die Arbeiter und Bauern sind gewillt, in ihrem Kampf zu verharren bis alle gestellten Forderungen, wie 50 Prozent Preisabbau, Streichung den.

Anschließend an diese Versammlung fand eine solche in Berthelsdorf statt. Hier wurde die Form folgend verschärft, daß alle Pauschalbrenner Licht brennen und nicht zahlen, wohingegen die anderen nicht brennen.

Auch in Polenz und Krumhermsdorf sowie in Rugiswalde haben sich Versammlungen für die Unterstützung des Kampfes ausgesprochen.

Der Aktionsausschuß für die Durchführung des Lichtstreiks in der Stadt Pirna hatte für gestern zu einer großen öffentlichen Versammlung ins Volkshaus aufgerufen. Dem Bericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß die Bewegung ordentliche Fortschritte macht. Täglich schließen sich mehr Werktätige dem Streik an. In der Umgebung von Pirna stehen Cunnersdorf, Dohma und Wünschendorf gleichfalls im Lichtstreik. Weitere Orte sind bereits zum Zahlungsstreik übergegangen. Unter anderen Niederottendorf, Polenz und Rückersdorf. Die letzteren Orte sind nachts in völliges Dunkel gehüllt. Hier ist der Streik vollständig.

Die Versammlung wählte nach dem Bericht des Vertrauensmannes und einem kurzen Referat eines Dresdner Stadtverordneten über die Ursachen der jetzigen Tarifpolitik, weitere Mitglieder in den Aktions-Ausschuß. Eine Resolution, in der der Kampfwille der Versammelten zum Ausdruck kam und weitere Kampfmaßnahmen festgelegt wurden, fand einstimmige Annahme.

Die SPD sichert ihre Ministerposten!

SPD-Schiebung im preußischen Landtag. Wahlterror gegen Kommunisten sanktioniert

In der am Dienstag stattgefundenen letzten Sitzung des Preußischen Landtages wurde der Antrag der Regierungsparteien auf Aenderung der Geschäftsordnungsbestimmungen über die Ministerpräsidentenwahl, durch den der Regierung Braun-Severing auch nach den Neuwahlen das Weiteramtieren als geschäftsführendes Kabinett ohne Landtagsmehrheit möglich werden soll, mit 228 gegen 8 Stimmen angenommen. Gegen das Zustandekommen dieses Beschlusses obstruierten die Kommunisten und die Parteien der sogenannten Rechtsopposition durch Nichtbeteiligung an der Abstimmung. Wenn trotzdem der Landtag beschlußfähig war, so ist das darauf zurückzuführen, daß der Volksparteiler Langer, die SAP-Abgeordnete Dr. Frankenthal und der brandleristische Renegat Gebhardt (Merseburg) sich an der Abstimmung beteiligten und so das Wahlmanöver der SPD und der übrigen Regierungsparteien ermöglichten.

Sehr auffällig und bezeichnend ist es, daß von den Nazis, obwohl sie in der Sitzung anwesend waren, keiner auch nur ein Wort zu der Geschäftsordnungsschiebung der Regierungsparteien sagte.

Mit dem zweiten Tagesordnungspunkt wurde der kommunistische Antrag, die Regierung zu beauftragen, jedwede Wahlbeeinträchtigung gegenüber der KPD zu unterlassen und die Behörden in gleichem Sinne anzuweisen, mit den Stimmen aller faschistischen Parteien, von der SPD bis zu den Nationalsozialisten abgelehnt.

Außerdem verlangte der Genosse Benscheid namens der kommunistischen Fraktion einen weiteren kommunistischen Antrag als zweiten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Dieser Antrag fordert u. a. Aufhebung aller durch Notverordnung verfügten Kürzungen der Unterstützungen für die Erwerbslosen und sonstigen Unterstützungsempfänger, die Gewährung einer Sonderbeihilfe für alle Notleidenden und die Durchführung der kommunistischen Arbeitsbeschaffungsforderungen.

Genosse Schwenk gab folgende

Erklärung der Kommunistischen Partei

zu der Regierungsschiebung der SPD, des Zentrums und der Demokraten ab:

„Der Versuch der Koalitionsparteien, im letzten Augenblick vor den Neuwahlen die Geschäftsordnung insoweit zu ändern, daß das Kabinett Braun-Severing nach den Wahlen als Geschäftsministerium weiterbestehen kann, wird von der kommunistischen Fraktion mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen.

Severings Aktion gegen die SA hat lediglich den Zweck, der Arbeiterklasse eine gar nicht vorhandene Gegnerschaft der preußischen Regierung und der Sozialdemokratie gegen den Hitler-Faschismus vorzutäuschen. In Wirklichkeit soll sie der Hitlerbewegung jenen Schein von Legalität verschaffen, der ihr in den Augen der Bourgeoisie vollends regierungsfähig macht.

Die Arbeiterklasse läßt sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Hitler-Faschismus und der Sozialfaschismus das gleiche Ziel verfolgen, nämlich die Ausbeuterherrschaft des Großkapitals gegen den revolutionären Massenkampf zu sichern.

Der revolutionäre Massenkampf sowohl gegen das Schein-Braun-Severing als auch gegen den Hitler-Faschismus zu organisieren, das ist die Aufgabe, die die Kommunisten durchführen haben. Aus diesem Grunde lehnt die Kommunistische Fraktion jede Beteiligung an dem Geschäftsordnungsmanöver der Koalitionsparteien ab.

Hindenburg-Brüning für Teilnahme Hitlers an der Regierung

Hindenburg hat sofort nach Bekanntwerden seiner Wiederwahl einen Aufruf an alle „die ihn gewählt oder nicht gewählt" haben, erlassen, in dem es am Schlusse heißt:

„Wie schon einmal bei meinem Amtsantritt vor sieben Jahren fordere ich auch heute unser ganzes deutsches Volk zur Mitarbeit auf. Die Zusammenfassung aller Kräfte ist notwendig, um der Wirrnisse und Nöte unserer Zeit Herr zu werden. Nur, wenn wir zusammenstehen, sind wir stark genug, um unser Schicksal zu meistern. Darum: In Einigkeit vorwärts mit Gott!

gez. Hindenburg."

Nun wissen die sozialdemokratischen Arbeiter warum sie das „kleinere Uebel" gewählt haben und der Tag wird nicht mehr fern sein, an dem die Wels und Breitscheid die Hitlerkoalition als das „kleinere Uebel" tolerieren. Ob ihnen die sozialdemokratischen Proleten aber dann noch Gefolgschaft leisten werden?! —

wird alsbald in Bewegung kommen, und es wird sich dabei zeigen, daß Hindenburg keineswegs der Vertreter des von der Rechten bekämpften „Systems" ist.

Die Arbeiter sehen also, wie diejenigen Parteiführer, die zur Wahl Hindenburgs aufgefordert haben, nunmehr die Regierungsbeteiligung Hitlers betreiben. Die Führer der „Eisernen Front" und die Nazi-Führer sind sich schon längst einig im Kampf gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft, in dem Bestreben, die Löhne und Unterstützungssätze immer mehr abzubauen und dem werktätigen Volk immer drückendere Steuerlasten aufzubürden.

Arbeiter, kämpft gegen die Front von Hitler bis Severing! Kämpft unter Führung der Kommunistischen Partei gegen die kapitalistische Ausbeutung! Stimmt mit Ja beim roten Volksentscheid!

Hindenburgblätter treten für Hitler ein

Die großkapitalistische „Kölnische Zeitung", die für Hindenburg Propaganda gemacht hat, schreibt am 12. April:

„Das Ziel jedes Realpolitikers, einerlei welcher Partei, muß doch sein, die Nationalsozialisten allmählich an den Staat heranzuführen und sie als positiven Faktor im Parlamentarismus einzusetzen, denn nur im Wechselspiel zwischen rechts und links bleibt der Parlamentarismus, wie die Geschichte zeigt, lebensfähig."

Die „Bremer Nachrichten", die ebenfalls zur Wahl Hindenburgs aufgefordert haben, schreiben:

„Die zweite Amtsperiode Hindenburg muß mit einer Klärung der inneren Verhältnisse beginnen. Durch die Wiederwahl ist die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die weitere Entwicklung sich in Ruhe und Ordnung vollziehen kann. Sie

Zwangsarbeit auf der Strecke in Krippen

Bezirksbetriebsrat stützt Direktionsmaßnahmen. Eisenbahner folgt dem Ruf der RGO

Das Los der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten bei der Deutschen Reichsbahn-AG wird immer unerträglicher.

Feierschichten, Personalverschiebungen, Entlassungen und Lohnreduzierung sind zum eisernen Bestand des Bahnbetriebes überhaupt geworden.

Am schlimmsten geht es dabei den Streckenarbeitern, die seit Jahren von einem Ort zum andern gejagt werden. Um die Arbeitsleistungen auf ein Höchstmaß zu bringen, hat die Reichsbahn an die Spitze der Bautruppe Kreaturen gestellt, die sich vom preußischen Feldwebel in nichts unterscheiden.

So meldet uns ein Eisenbahner aus Krippen folgenden Vorfall, der sich in den letzten Tagen ereignete: Der Streckenarbeiter, die zwischen Krippen und Hirschmühle-Schmilka arbeitet, fuhr als Antreiber der Bautruppführer Schmelisky vor. Wenn einmal einer der Streckenarbeiter den krummen Rücken für ein paar Sekunden hochzurichten versucht, schnauzt dieser Knechtsknecht im tollsten Kasernenhofton herum.

Um das „Arbeitsvolk" besser beobachten zu können, fuhr Schmelisky auf den ersten Wagen des Bauzuges, rannte den Zug ab, und schnauzte einen Arbeiter von hinten an: „Sie gehen Sie mal auf die andere Seite!" Der Kollege, der nicht wußte, daß ihn das galt, fragte — weil gerade fünf Mann die Strecke entlang kamen: „Meinen Sie mich?" Darauf brüllte Schmelisky: „Machen Sie, daß Sie gleich rüber kommen, wenn ich will, sind sie in einer Stunde entlassen!" Der gesamte Bautrupp geriet deshalb in starke Empörung, die sich durch lebhafte Zu- und Zwischenrufe Luft machte.

Kurz nach diesem Vorfall erklärte dieser Antreiber einem Rottenführer wörtlich: „Stellen Sie an jeden Wagen wieviel gegen vier bis fünf Mann, dann wissen wir genau, wieviel jeder ungefähr leistet." Dabei äußerte der Bautruppführer, daß er von der Direktion Anweisung hätte, jeden Arbeiter zu kontrollieren und die Leistung zu prüfen. Mit anderen Worten: alle die Arbeiter entlassungsreif zu machen.

Mit Recht stellen die Kollegen, ob dieser rigoroseren Antreibermethoden die Frage: Was ist das für eine Betriebsvertretung, die mit der Direktion durch dick und dünn geht und die Proleten dem Elend und der Willkür überläßt? Der Betriebsrat, der die Verhältnisse kennt die elenden Verhältnisse. Auf die Forderungen, die an ihn gestellt wurden, ist bis heute noch keine Antwort erfolgt.

Die Eisenbahner erkennen immer deutlicher, daß sie von den Gewerkschaftsführern verraten und verkauft werden. Sie haben es satt, sich noch länger an der Nase herumführen zu lassen. Unter Führung der roten Betriebsräte und der RGO bereiten sie den Kampf um ihre Forderungen vor und organisieren sich in der RGO, die als einzige ihre Interessen vertritt.

Die Torfarbeiter streiken!

In Tampe (Oldenburg) streikt seit Freitag die Belegschaft eines Torfwerkes. Der Streik wird geschlossen durchgeführt und steht unter Führung der RGO.

Nazi-Feme „Zelle G"

Unter Führung Fememörders Schulz. Mordanschlag auf Stabschef Röhm

München, den 11. April 1932

Wie das Münchner Polizeipräsidium mitteilt, wurden sechs Nazis verhaftet, die unter Führung eines Fabrikanten, der als Standartenführer der SA tätig war, eine Femeorganisation innerhalb der Hitlerpartei aufzogen. Der Fabrikant hatte zu diesem Zweck größere Geldmittel zur Verfügung gestellt, um einige unbequem gewordene Führer der Partei aus der Welt zu schaffen.

Diese Mitteilung des Polizeipräsidiums bestätigt die Veröffentlichung Münchner Zeitungen, wonach unter Führung des bekannten Fememörders Schulz eine Femeorganisation innerhalb der SA besteht. Diese Organisation wurde 1931 unter der Bezeichnung „Zelle G" im Braunen Haus in München eingerichtet.

Das willige Werkzeug des Fememörders Schulz war ein gewisser Nazimann Horn aus Karlsruhe, der extra zur Organisierung von Mordanschlägen nach München geholt wurde. Ein solcher Anschlag war vorbereitet auf einen außenpolitischen Mitarbeiter des SA-Stabschefs Röhm, namens Bell, sowie auf den Stabschef Röhm selbst und den Hausverwalter des Braunen Hauses, Graf Dumoulin.

Die „Zelle G" organisierte den Ueberfall auf den Nazimann Schäfer aus Offenbach, nachdem dieser das berüchtigte Boxheimer Dokument der Oeffentlichkeit übergeben hatte. Auch der Zwickauer Ueberfall auf Schäfer soll von der „Zelle G" ausgeführt worden sein.

Die Aufdeckung dieser geheimen Femeorganisation bei den Nazis vervollständigt das bisher veröffentlichte Material über die Partei des organisierten Arbeitermordes. Diese von den Großkapitalisten gekauften Banditen und Arbeitermörder laufen heute noch frei herum. Trotz des Materials, das vom Standpunkt der bürgerlichen Justiz zum Verbot der SA mehr wie ausreicht, bleibt diese Mordorganisation auch in Preußen von Braun-Severing weiter erlaubt. Das entscheidende Material gegen die SA wird überhaupt nicht veröffentlicht.

Habt ihr euch so den „Kampf gegen den Faschismus" vorgestellt, Arbeiter und Werktätige der „Eisernen Front"? Heute müßt ihr erkennen, daß ihr wieder einmal auf die verlogenen Versprechungen der sozialdemokratischen Notverordnungspolitiker hineingefallen seid.

Wenn der Vorwärts zu den Enthüllungen über die Nazi-Feme schreibt: jetzt habe der Staatsanwalt das Wort, so antworten wir darauf: Nein, jetzt haben die Arbeiter und die Werktätigen das Wort. Sie allein können in geschlossener roter Front unter Führung der Kommunistischen Partei dem Hitler-Faschismus in Deutschland ein Ende machen. Nicht mit den Megbereitern Hitlers kann man gegen die Nazibanden kämpfen; der Kampf gegen die Arbeitermordorganisation vom Hakenkreuz richtet sich gleicherweise gegen die Hindenburgfront von Brüning und Severing.